

Bezugspreis:

Für den Monat September 300.— M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, sowie Oesterreich und Luxemburg 248.— M. für das übrige Ausland 252.— M. Postbestellungen nehmen, an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Rolf und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Himmel“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopierleistung kostet 40.— M. Reklamezeile 180.— M. „Kleine Anzeigen“ das letzte druckte Wort 12.— M. (zünftig zwei letzte druckte Worte), jedes weitere Wort 10.— M. Stellenangebote und Schlußanzeigen das erste Wort 7.— M., jedes weitere Wort 5.— M. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 15.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gebühren von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Fernsprecher: Dönhofs 292-293 und 2506-2507

Dienstag, den 5. September 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Anzeigen-Abteilung: Dönhofs 2506-2507

Der Stinnes-Vertrag.

Rathenau ist an dem Wiederaufbauabkommen von Wiesbaden und Berlin gestorben. Herr Stinnes wird davon leben. Aus dieser Erkenntnis wächst tiefe Beschämung über die Politik, die heute in Deutschland, getragen von mächtigen Kapitalinteressen, noch möglich ist.

Der Vertrag zwischen dem Marquis de Lubersac und Stinnes, der schon am 14. August abgeschlossen worden ist, besteht, soweit bisher bekannt wurde, aus zehn Paragraphen. Stinnes macht die Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau in Essen zum deutschen Träger des Abkommens.

Die Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau ist berechtigt, für die allgemeinen Ankosten und den Nutzen einen Aufschlag zu berechnen, der 6 Proz. des Preises beträgt, den sie in Deutschland für die gelieferten Waren bezahlt hat.

Damit ist die Frage, die heute morgen der „Vorwärts“ aufgeworfen hat, beantwortet. Tatsächlich verdient das Stinnes-Unternehmen bei einem Gesamtobjekt von dreizehn Milliarden Franken gleich rund fünfzehnhundert Milliarden Papiermark, von dem etwa die Hälfte Materialien betrifft, für seine organisatorische Tätigkeit

rund 45 Milliarden Mark.

Der Betrag dieses Aufschlages wird in die Summe mit einbegriffen, die Deutschland für die tatsächlichen Sachlieferungen gutgeschrieben wird. Das heißt mit anderen Worten, daß die Bezahlung auch der Vermittlungsprozente durch das Deutsche Reich an die deutschen Lieferanten zu erfolgen hat, das Deutsche Reich bekommt die so aufgebrachten Summen auf Wiedergutmachungskonto gutgeschrieben.

In der Summe, die Deutschland gutgeschrieben wird, sollen ebenfalls die etwaigen Kosten einbegriffen sein, die aus den Leistungen entstehen, die zwecks Finanzierung des Unternehmens seitens der Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau mit einem Bankenkonsortium unter Führung der Dresdner Bank vereinbart werden. Das heißt, daß der Konzern der D-Banken die Finanzierung des Lubersac-Stinnes-Vertrages übernimmt. Alle daraus entstehenden Kosten werden auf die Preise geschlagen; auch das ist vom Reich zu tragen.

Es bleibt unwidersprochen, daß ein Aufsichtsratsmitglied der Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau in die Organisation des Generalverbandes der französischen Wiederaufbau-genossenschaften eintritt, ein Mitglied jener Gruppe geht in den Aufsichtsrat der Stinnes-Gesellschaft.

Wesentlich interessanter als die einzelnen Bestimmungen über die Methode der Materialienprüfung ist, was über den Preis der deutschen Materialien beschlossen wurde.

Herr de Lubersac erklärt, daß Voraussetzung für die wirksame Durchführung der Sachlieferungen ist, daß der Preis der deutschen Materialien, die den französischen Lagern der zerstörten Gebiete zugeführt werden, auf keinen Fall den Preis der entsprechend der von dem französischen Markt gelieferten Materialien übersteigen darf, da die Kriegsschädigung der französischen Geschädigten demgemäß festgesetzt worden sei.

Da die Einzelleistungsverträge auf französische Franks lauten, so bedeutet das, daß der Stinnesche Wiedergutmachungsvertrag Preise vorsieht, wie sie in Frankreich von der Industrie verlangt werden. Die französische Industrie ist, wie die fortgesetzte sich wiederholenden Klagen aus dem Wiederaufbaubetriebe beweisen, seit Jahren bestrbt, Wucherer gewinne zu erzielen. Die

Preise dieser französischen Wucherer gewinne werden demnach die Grundlage des Stinnes-Vertrages.

Damit entfällt für unsere Regierung der Vorteil nur innerdeutsche Preise leisten zu müssen. Die Differenz zwischen den innerdeutschen und den französischen Preisen fließt den deutschen Interessenten des Lieferungsvertrages zu. Das Deutsche Reich hat dafür den „Vorteil“, daß ihm höhere Summen auf Wiedergutmachungskonto abgeschrieben werden.

Aus diesen Tatsachen läßt sich erkennen, daß der Lubersac-Stinnesche Vertrag die Einigung bestimmter deutscher und französischer Industrie- und Finanzkreise auf der Basis ist, daß das Geschäft über dem Staatswohl steht. Die gerade von deutschsozialistischer Seite in den höchsten Löhnen gepredigte Sparsamkeit, die in unserem Etat einzuziehen habe, wird damit zum Hohn. Der Wiederaufbauvertrag mit seiner künstlichen Verteuerung aller Lieferungen zugunsten weniger Privatproduzenten und einiger deutscher Finanzgroßmächte zerstört für die nächsten Jahre jede Hoffnung auf eine sparsame Wirtschaft.

Die „Rote Fahne“ überschlägt sich heute in Mutmaßungen und Beschimpfungen. Ihr gilt es als ausgemacht, daß die Gewerkschaftsführer die Arbeiter an Stinnes und die Regierung das ganze Deutschland an das französische Kapital in Europa verraten haben. Sie ist so gewissenlos, zu behaupten, daß die Gewerkschaftsführer die Verpflichtung auf sich genommen hätten, die Arbeiterschaft zur Erhöhung der Produktion, zum Abbau des Achtstundentages und zum Verzicht auf Streikbewegungen zu veranlassen. Die „Rote Fahne“ vergißt dabei, daß die eben erst täglich zweimal von ihr bis in den Himmel gelobten fünfzehn Berliner Kontrolleure die Umgestaltung der Wirtschaft und damit doch die Steigerung der Produktion zu einem ihrer Hauptpunkte gemacht haben. Im übrigen: Es gibt keinen Gewerkschafter, der den Achtstundentag verraten will. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Aber dennoch behauptet die „Rote Fahne“ so oft das Gegenteil, daß man versucht ist, zu glauben, sie könne nicht einmal neue Lügen erfinden.

Deutschlands und mit ihm die Hoffnung auf Reparationen unvermeidlich zusammenbrechen. Gegenwärtig sei die dringendste Aufgabe, daß die Reform der inneren Finanzen Deutschlands mit Energie in Angriff genommen wird, um das Budget ins Gleichgewicht zu bringen und der Inflation Einhalt zu tun. Die Reparationszahlungen in bar und in natura seien im Augenblick auf einen derartigen Betrag vermindert worden, daß es möglich sei, sie aus dem Budget zu befriedigen.

Die Parteiführer-Besprechung.

Da morgen, Mittwoch, die Besprechungen zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der belgischen Regierung de la Croix und Bemelmans ihren Anfang nehmen werden, ist nach einer Meldung der P.P.R. damit zu rechnen, daß die Besprechung des Reichsanzlers mit den Parteiführern zum mindesten erst nach der persönlichen Fühlungnahme mit den belgischen Vertretern stattfinden.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist von seiten seines ersten Vorsitzenden auf Freitag einberufen worden.

Valutahhebung ist keine Hezerei. Die „Rote Fahne“ teilt mit, daß die Sowjetregierung einen neuen Einkaufspreis für die deutsche Mark festgesetzt habe, und zwar bekomme man neuerdings 100 Mark schon für 25 Rubel vom „Typ 1922“. Ihre gläubigen Leser werden gewiß in frohes Erkaunen geraten, weil der Sowjetrubel herart im Wert gesunken sei, daß er bereits ein Mehrfaches der Mark betrage, während er vor dem noch nicht ein Tausendstel einer Mark war. Man muß dabei nur wissen, was der „Typ 1922“ bedeutet. Man hat nämlich in Rußland einfach vier Nullen von der Valuta fortgeschrien, so daß aus 10 000 früheren Rubeln ein Rubel vom „Typ 1922“ geworden ist. Es handelt sich also um eine bloße Umbenennung, die in Deutschland genau so mit der Mark vorgenommen werden könnte, ohne daß damit natürlich irgend etwas geändert würde.

„Jar und Zimmermann.“ Die neu erscheinenden Memoiren des früheren Kaiser Wilhelms II. sind, wie die „Dena“ erzählt, durch den früheren Staatssekretär Zimmermann bearbeitet worden. Herr Zimmermann hat durch sein famoses Bündnis mit Mexiko so viel diplomatisches Genie bewiesen, daß man ihm selbst eine so schwierige Aufgabe wie die Bearbeitung Wilhelms wohl anvertrauen darf.

Entwicklung der Genossenschaften

Von Franz Feuerstein.

Um die arbeitenden Massen zu befreien, bedarf das Genossenschaftssystem der Entwicklung auf nationaler Stufenleiter und folglich der Förderung durch nationale Mittel. Karl Marx.

Die durch die neuerliche Geldentwertung ins Ungeheuerliche gesteigerte Not des Volkes stellt auch an die Konsumgenossenschaften neue Anforderungen, steigert ihre Aufgaben. Eindringlicher kommt ins öffentliche Bewußtsein, daß sie die wesentliche Grundlage nicht nur einer künftigen Volkswirtschaft bilden, sondern daß sie schon gegenwärtig zur Grundlage einer öffentlichen Ernährungs- und Preispolitik gemacht werden müssen, welche den auf Gehalt, Lohn und Kleinrente angewiesenen Verbrauchermassen ein Existenzminimum sichert, das die physischen Kräfte ebenso wie das seelische Gleichgewicht erhält. Denn ohne beides droht das politische und nationale Chaos.

Erfreulicherweise zeigen auch einige Anträge zum Augsburger Parteitag diese Erkenntnis und man kann nur die Erwartung aussprechen, daß dieselben auch zu Entschlüssen führen, die durch die Parlamentspolitik praktische Auswirkung finden können.

Die Aufgaben, die den Konsumgenossenschaften bei der Volksernährung und -bekleidung im Umfang der Lieferung und in der Preisgestaltung zufallen, brauchen nicht weiter umschrieben zu werden — die Not ist ein harter Griffel. Auch Methode und System bedürfen keiner Erläuterung. Beides ist im gemeinwirtschaftlichen Wesen der Genossenschaften begündet, welches heute schon Gemeingut von Millionen deutscher, Abermillionen internationaler Volksgenossen geworden ist.

Das wesentlichste zur Erfüllung jener Aufgaben sind die Mittel, materielle, finanzielle Mittel, die unumgänglich notwendig sind, wenn die Genossenschaften in umfassender Weise die gemeinwirtschaftliche Warenverforgung übernehmen und der entscheidende preisbildende und -kontrollierende Faktor in der Volkswirtschaft von heute und später werden sollen. Dabei ist natürlich nicht zu unterschätzen, was die deutsche Genossenschaftsbewegung schon bei ihrem gegenwärtigen Stande tatsächlich auf dem Gebiete der Warenverforgung leistet und auf dem der Preisbildung verhindert, wo immer sie ihre Tätigkeit ausübt.

Dies ist erst kürzlich im „Vorwärts“ (Nr. 360 vom 2. August) teilweise dargestellt worden unter Bezugnahme auf die 18 großindustriellen Genossenschaftsbetriebe der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine zu Hamburg, welche fast ausschließlich in Nord- und Mitteldeutschland domizilierend, eigene Erzeugnisse im heutigen Jahreswerte von mindestens einer halben Milliarde herstellen. Dabei verdient neben der achtungswerten Leitung die größte Würdigung die Tatsache, daß beispielsweise die beiden der Großeinkaufsgesellschaft gehörigen Seifenfabriken in Gröbba (Sachsen) und Düsseldorf mit ihrer Produktion von etwa 500 Millionen Mark Jahreswert (für 1922) bestimmenden Einfluß auf die allgemeine Preisbildung in Seifen ausüben. So sind sämtliche genossenschaftlichen Produktionsbetriebe nicht nur positiv wirksame Versorgungs-, sondern auch Kontrollorgane für die allgemeine Warenverforgung bei den für die heutigen genossenschaftlichen in Betracht kommenden Warengruppen. Ein Beispiel für alles andere.

Neben der Großeinkaufsgesellschaft besitzen aber auch hunderte der größeren deutschen Konsumvereine Produktionsbetriebe für den eigenen Bedarf, die im Jahre 1921 für eine halbe Milliarde Mark Warenwerte erzeugten — 1922 dürften es infolge Mehrleistung und Preissteigerung durch Geldentwertung 1 1/2 bis 2 Milliarden sein — und die örtliche Preisbildung ebenfalls bestimmend beeinflussen.

Die Bedeutung dieser Tatsache, der örtlichen und zentralen Eigenproduktion, ist praktisch und grundlegend um so höher zu bewerten, als es vorläufig auch noch das einzige Mittel ist, um der Monopolisierung des Warenmarktes durch die Kartelle der Privatindustrie und des Großhandels zum Zwecke der ungehemmten Preisdiktatur (lies: Wucher!) wenigstens auf all den Gebieten mit praktischem Erfolg entgegenzuwirken, auf denen die genossenschaftliche Produktion heute schon tätig ist. Im übrigen ist ja leider zu sagen, daß die kartellierte Privatwirtschaft der Industrie und des Großhandels sich in dieser Zeit des Wucherers, der sich auch die Geldentwertung zur Deckung seiner unmoralischen Wüsten in immenser Weise zunutze macht, mit aller Energie anstrengt, die Großeinkaufsgesellschaft und die Konsumvereine von der Lieferung all der Waren auszuschließen, die von der Privatindustrie hergestellt werden. Hier wird schon in Wäbe ein gefegherberisches Eingreifen notwendig werden, wenn nicht die genossenschaftlichen Verbraucherorganisationen zum schweren Nachteil der allgemeinen Volksgenossenschaft von der Warenverforgung einer Reihe lebensnotwendiger Dinge ausgeschlossen werden sollen.

Damit sind wir auch schon bei der Frage der Entwicklung der Genossenschaften „auf nationaler Stufenleiter und folglich der Förderung durch nationale Mittel“ angelangt.

Harding für eine Weltkonferenz?

London, 5. September. (E.P.) Der Korrespondent der „United Press“ in Washington versichert, daß die amerikanische Regierung Unterhandlungen mit den Emissionsbanken der Länder mit gesunder Valuta begonnen habe, um durch eine gemeinsame Aktion dieser Länder die Valuta zu stabilisieren. Es sei wahrscheinlich, daß aus diesen Unterhandlungen eine Weltkonferenz hervorgehen werde. Die Initiative zu diesen Unterhandlungen sei vom Präsidenten Harding ausgegangen, der schon vor einigen Wochen die Banken von England, Japan und Skandinavien anfragen ließ, ob sie eine Möglichkeit dafür sehen, die Valuten zu stabilisieren. Harding habe keinen besonderen Plan ausgearbeitet. Man glaubt aber, daß die im Gange befindlichen Unterhandlungen das Vorpiel zu einer weitreichenderen Grundlagede auf gebauten Aktion der Vereinigten Staaten hinsichtlich der finanziellen Angelegenheiten Europas sein werden.

Paris, 5. September. (E.P.) Wie der Korrespondent des „Matin“ in Brüssel meldet, ist die französische Regierung mit der belgischen Regierung in Verbindung getreten, um die nächste Alliiertenkonferenz in Brüssel abhalten zu lassen. Als Zeitpunkt sei der Anfang des Monats Dezember vorgesehen.

Bradbury über die Reparationen.

Paris, 5. September. (E.P.) Einer Havas-Meldung zufolge hat Sir John Bradbury gestern abend die Pariser Vertreter der britischen Presse empfangen und Erklärungen über das Reparationsproblem abgegeben. Er sagte u. a.: Die Frage der Garantien für die Schatzbons interessiert ausschließlich die belgische und die deutsche Regierung. Indessen würde es für das Interesse der Reparationen nachteilig sein, wenn für einen beträchtlichen Teil der jährlichen Zahlungen Goldreserven der Reichsbank in Anspruch genommen werden würden. Im Augenblick kann von einem britischen Beitrag zur Herstellung des notwendigen Garantiefonds nicht die Rede sein. Bradbury führte weiter aus: Ohne Herabsetzung der gesamten Reparationssumme oder Herabsetzung der jährlichen Zahlungen während einer gewissen Periode könne der Kredit Deutschlands nicht wiederhergestellt werden, und ohne seine Wiederherstellung werde das Finanzsystem

Aus der Not der Zeit vor 80 Jahren geboren — Owen und die Rochdale Pioniere bedeuten Programm und Wesen der Konsumvereine von heute —, ist es wiederum harte Not, die die Konsumvereine zu schier übermenschlichen Aufgaben heranzwingt. Sie sollen Erfüllungswirtschaft im höchsten Maßstabe betreiben, und die gleiche Veranlassung, die dazu zwingt, schlägt ihr die Mittel aus der Hand: das Betriebskapital der Konsumvereine ist trotz einer Steigerung von früheren 30 Goldmark auf heute 1000 Papiermark durch die neuerliche Geldentwertung viel zu klein geworden. Wenn in Vorkriegszeiten die 30 Goldmark etwa 7 Dollar wert waren, so sind heute 7 Dollar etwa 10 000 Papiermark wert. Die Zahlen vergleichen, heißt die ganze Gefahr für die weitere Entwicklung der Konsumvereine auch nur im seitherigen Rahmen aufzeigen. Denn das Betriebskapital ist auf ein Zehntel des früheren Rechnungswertes und noch weit weniger herabgesunken, da bis heute nur die wenigsten Konsumvereine den Geschäftsanteil auf 1000 Mk. festsetzten und dieser noch nicht einmal voll einbezahlt ist. Die verantwortliche Leitung des Zentralverbandes und die Revisionsverbände der deutschen Konsumvereine legen alle Energie daran, um die einmal erkannte Gefahr des Zusammenbruchs zu bannen. Und man muß wünschen und kann hoffen, daß es ihnen gelingt, den Dollarsturm auf ihre Existenz zu beschwören.

Aber darüber hinaus bleibt die Marxsche These bestehen. Und sie gewinnt unter den heutigen Verhältnissen praktische Bedeutung. Nicht nur, um die Arbeiterschaft im engeren Wortsinne zu befreien, sondern um die auf Gehalt, Lohn und Kleinrente angewiesenen Verbrauchermassen vor größter Not und gleichzeitiger Verwahrlosung zu bewahren oder zu erretten, bedürfen die Konsumvereine „der Entwicklung auf nationaler Stufenleiter und folglich der Förderung durch nationale Mittel“.

Hierbei wirft sich vor allem die Frage der Staatskredite auf, um der Gemeinwirtschaft in der Volksernährung und Bekleidung durch das System der genossenschaftlich organisierten Selbsthilfe eine breite Grundlage der Entwicklung zu geben. Und wenn auch der diesjährige Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine Staatskredite grundsätzlich ablehnte und von neuem den Grundsatz der Selbsthilfe wie die Pioniere von Rochdale proklamierte, so doch nur unter der Voraussetzung, daß Staatskredite das Ende der geschäftlichen Selbstständigkeit und aller moralischen und materiellen Imponderabilien seien, welche den wirtschaftlichen und sittlichen Gehalt des Genossenschaftswesens bedeuten. Dabei wurde aber als selbstverständlich anerkannt, daß vorübergehende zinspflichtige Staats- und Kommunal-kredite durchaus nicht gegen den Grundsatz der Selbsthilfe verstoßen. Und dies ist das Wesentliche.

Selbstverständlich kann ein sozialistischer Wirtschaftspolitiker so wenig wie ein überzeugter Genossenschaftler wünschen, daß etwa das bolschewistische Experiment einer genossenschaftlichen Staatswirtschaft auf Deutschland übertragen werde. Denn dies Experiment, das die russische Genossenschaftsbewegung aller Selbstständigkeit und damit aller für ihr Bestehen notwendigen Imponderabilien entleerte, dafür das Heer einer neuen Beamtenschaft schuf, wobei die Verwaltungskosten in den größten „Genossenschaften“ höher waren als die Warenumsätze — ein solches Experiment kann mit Recht nur als abschreckendes Beispiel wirken.

Die Selbstständigkeit und die Entwicklungsfreiheit der Genossenschaften müssen unangetastet bleiben.

Dieser Grundsatz ist mit der These von Karl Marx durchaus vereinbar, wenn man sie ergänzt mit dem ersten Satz der von Marx redigierten Entschließung des Genfer Internationalen Arbeiterkongresses über die Genossenschaften, welcher lautet:

„Es ist die Aufgabe der Internationalen Arbeiterassoziation, die von selbst entstehenden Bewegungen der Arbeiterklasse miteinander in Verbindung zu bringen, zu verallgemeinern und ihnen Einheitlichkeit zu geben, aber nicht ihnen doktrinaire Systeme irgendwelcher Art zu diktiert oder aufzudrängen.“

So gewinnt auch die Frage der Staatskredite nur die ihr zukommende Bedeutung im Rahmen der Förderung des Genossenschaftswesens. Und andere „nationale Mittel“ aus dem Gebiete der allgemeinen Staatsverwaltung, des staatlichen Bildungswesens, der Steuergesetzgebung usw. lassen sich ebenfalls zur Förderung des Genossenschaftswesens ohne jede Beeinträchtigung seiner Selbstständigkeit und Entwicklungsfreiheit denken. Eine Förderung übrigens, die die deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften auf jedem, auch finanziellen Gebiete, schon seit Jahrzehnten in den einzelnen Ländern erfahren haben, ohne auch nur im geringsten an ihrer selbstständigen Entwicklung etwas einzubüßen. Im Gegenteil: sie sind noch die „Herren der Situation“ im deutschen Genossenschaftswesen und sogar — der Regierung gegenüber.

Was nach unserer Auffassung mit der Förderung des Genossenschaftswesens durch „nationale Mittel“ nur gemeint sein kann, hat sich, um ein Beispiel anzuführen, in Italien in größerem Maßstabe gezeigt.

An der Spitze der italienischen Genossenschaftsbewegung steht eine im Jahre 1886 gegründete Zentrale („Lega“), die mit 4000 Genossenschaften von im ganzen 10 000 italienischen die Sachwalterin der Genossenschaftsinteressen des ganzen Landes ist. Die „Lega“ wird von drei großen genossenschaftlichen Zentralgenossenschaften gebildet, die die Hauptarten der italienischen Genossenschaftsbewegung umfassen: Konsumgenossenschaften, Produktionsgenossenschaften und landwirtschaftliche Genossenschaften. Neben dieser „Lega“ nun steht ein vom Staate kräftig unterstütztes genossenschaftliches Finanzinstitut, mit der besonderen Aufgabe, die ganze italienische Genossenschaftsbewegung zu finanzieren. Und so wurde aus der kapitalschwächsten Genossenschaftsbewegung des Kontinents die kapitalkräftigste, finanziell beweglichste, weil das Finanzinstitut nicht nur einem Zweige, sondern der Gesamtheit der Genossenschaftsbewegung zu Diensten hat.

So ist es weiter nicht verwunderlich, daß beispielsweise die Konsumgenossenschaften durch die Unterstützung des Staates erst in jüngerer Zeit eine Reihe von Hilfsunternehmungen ins Leben rufen konnten — zur Herstellung von Arikeln des allgemeinen Verbrauchs, zur unmittelbaren Verbindung von Konsumvereinen und landwirtschaftlichen Genossenschaften, zur Einfuhr tierischer Nahrungsmittel mit Monopolcharakter, zur Beschaffung von Volksbekleidungsgegenständen — und daß die an Zahl und Bedeutung nicht geringen italienischen Arbeiterproduktionsgenossenschaften namentlich für den Staatsbedarf arbeiten, ohne durch ein bürokratisiertes Beamtentum wie in Rußland um die Früchte ihrer Genossenschaftsarbeit gebracht zu werden.

Sowohl auf dem Gebiete der Gesetzgebung wie der Verwaltung und der finanziellen Aktion ist die italienische Regierung für die Genossenschaftsbewegung tätig, fördert sie mit „nationalen Mitteln“, ohne sie in ihrer Selbstständigkeit und Entwicklungsfreiheit irgendwie zu hemmen. Es spricht daraus eine für deutsche Verhältnisse ganz ungewöhnliche Einstellung in die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Genossenschaften.

Die Zeit ist da, wo durch nationale Mittel die Entwicklung der Genossenschaften auf nationaler Stufenleiter notwendig zu fördern ist.

Verhaftung des Hauptmanns v. Beerfelde. Der aus der ersten Revolutionszeit bekannte Hauptmann v. Beerfelde ist dieser Tage beim Ueberschreiten der Grenze in Portenkirchen verhaftet worden, weil gegen ihn seit Jahr und Tag beim Landgericht I ein Verfahren wegen Kriegswucher schwebt. Nach Meldung der „Dona“ war in dieser Sache einmal ein Termin anberaumt worden, zu dem v. Beerfelde nicht erschien, wozu ein Haftbefehl erlassen wurde. — Die Sache erscheint einigermassen dunkel, namentlich, wenn man die Tatkritik der Deutschnationalen kennt, politische Gegner mit allen möglichen, mißunter ganz unbilligen Denunziationen in gerichtliche Verfahren zu verwickeln. Nach dem, was wir persönlich über Hauptmann v. Beerfelde wissen, halten wir zum mindesten ausgeschlossen, daß er versucht haben sollte, sich durch die Furcht der gerichtlichen Verantwortung zu entziehen.

was mir fehlt; wo will der ganze Unfug hinaus, welche Schweinehund sind daran schuld, oder bin ich es selbst?

Das alles weiß ich nicht. Was ich weiß, ist folgendes:

1. Ich bin ein ausichtsloses Geschäft. Eine Pleite der Zeit.
2. Den anderen geht es mit wenigen Ausnahmen genau so wie mir.

Schlusfolgerung: Die Menschheit ist ein hoffnungsloser Fall. Moral: Sie soll sich einpacken lassen!

Der Divisionsbefehl. Es war im Sommer 1916. Die große Brusilow-Offensive an der Ostfront war zum Stehen gekommen und mit ihr mein Regiment, mitten in den ausgesperrten Sumpfen des Pripiat, wo wir Stellung bezogen. Es war eine stehende Gegend, besonders waren die sanitären Zustände so mangelhaft, wie ich es nirgends wieder im Kriege erlebt habe. Man bemühte sich, zumal als die Ruhr anfang, sich bemerkbar zu machen, um Abhilfe. Und eines Tages kam auch zu uns in den Graben ein Divisionsbefehl, in dem es hieß: „Besondere Sorgfalt ist auf den Ausbau der Latrinen zu legen. Neben jeder Latrine ist ein Faß mit Kaltwasser aufzustellen. Kalt und Fässer sind bei dem Sanitätsdepot durch die Truppenteile anzufordern. Der Kalt ist mit Stangon im Wasser anzuhären. Anfordernungen bis zum . . . usw.“ In meinem Abzähl wurden daraufhin angefordert: 7 Fässer, 15 Kilogramm Kalt, 2 Kilogramm Stangon. Die Anforderung wurde auf dem vor-schriftsmäßigen Wege, also über die Schwadron und das Regiment an die Division weitergeleitet, worauf folgender Schriftwechsel stattfand:

Das Sanitätsdepot an das 2te Infanterieregiment: Zu der Anforderung usw. wird um umgehende Mitteilung ersucht, was Stangon ist und wozu es gebraucht wird.

Das Regiment an die Schwadron: Zu der Anforderung von . . . Was ist Stangon und wozu wird es gebraucht?

Die Schwadron an den Abschnitt: Was ist Stangon?

Der Abschnitt antwortet: Stangon ist das Mittel, mit dem laut Divisionsbefehl . . . der für die Latrinen benötigte Kalt anzuhären ist.

Die Schwadron an das Regiment: Stangon ist das Mittel usw. Das Regiment an die Division: Stangon ist das Mittel usw.

Worauf ein neuer Divisionsbefehl erging: Die Ausfertigung des Divisionsbefehls v. . . enthält einen durch die Serviceleitung in Maschinenschrift entstandenen Fehler. Für das Wort „Stangon“ ist zu setzen „Stangen“. Diese werden vom Sanitätsdepot nicht geliefert, sondern sind an Ort und Stelle zu beschaffen.

Neue Aufgaben des Flugzeugs. Nach einem Bericht in den „Nachrichten für Luftfahrer“ werden gegenwärtig — ähnlich wie bereits in England — auch in Frankreich Luftfahrzeuge für die Verkehrsregelung verwendet. Diese Flugzeuge sind ausschließlich für die polizeiliche Ueberwachung, wie sie bei Ausläufen oder sonstigen starken Verkehrsansammlungen notwendig wird, bestimmt und freisen, mit Polizeibeamten bemannt, immer über solchen Plätzen, um die

„Ein Bannstrahl“.

Unter dieser Ueberschrift schreibt uns ein Kölner Genosse: „Der „Vorwärts“ hat bereits zu dem lässlichen Ullas gegen den Pastor Hohoff kürzlich Stellung genommen. Der Fall ist aber ein so kraßes Schulbeispiel geistlicher Intoleranz, daß es angebracht ist, sich noch weiter mit der Sache zu beschäftigen.“

Die scharfe kirchliche Rüge trifft einen ehrwürdigen Priester, greis im biblischen Alter, der seit einem halben Jahrhundert mit sozialen Problemen ringt. In den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war er einer der wenigen katholischen Kapläne, die die sozialistische Geisteswelt reiner und tiefer zu erfassen trachteten, als es durch die landläufigen Streit- und Schmähschriften der Bobredner des Kapitalismus möglich ist. . . Im Laufe der Jahrzehnte entwickelte sich Hohoff zu einem guten Kenner des wissenschaftlichen Sozialismus. Er begriff insbesondere die „materialistische“ Geschichtsauffassung und weiß mithin, was 999 von 1000 religiösen Gegnern des Sozialismus nicht wissen: daß diese ökonomische Theorie mit dem naturwissenschaftlichen Materialismus, mit einer mechanistisch-mechanischen Weltanschauung oder gar mit einer materialistischen Lebensführung gar nichts zu tun hat. Das Leben ihres großen Begründers Karl Marx war ein einziges Opfer der Liebe zu hohen Idealen und zu den unterdrückten Massen. —

Weil Hohoff dies und manches andere lernte, widerte ihn die kirchenbühliche unwissende Hege gegen die Sozialdemokratie an. Volkte er nach seinen marxistischen Studien wahr bleiben vor sich selbst, so mußte er sich und anderen gestehen, daß jemand ein überzeugter Anhänger der marxistischen Ökonomie in ihren Grundzügen und trotzdem ein treuer Sohn der katholischen Kirche sein kann. Daß er diese Erkenntnis nicht scheu verschwie, ist sein Verdienen.

Die kirchliche Epistel an ihn und über ihn ist ein Armutsgewinn für ihre Urheber. Sie ist ein Dokument der Schwäche und der Unwahrhaftigkeit. Weder wird der Versuch gemacht, mit Hohoff sich geistig auseinanderzusetzen, noch bemüht man sich um den Nachweis, daß er sich mit irgendeiner der katholischen Grundlehren in Widerspruch setze. Sein Verbrechen ist aber dies: Viele Sozialdemokraten schimpfen nicht über ihn, sondern loben ihn, und Hohoff hat die Kühnheit, sich das gefallen zu lassen, statt öffentlich zu erklären, daß kein Sozialdemokrat das Recht habe, sich über einen katholischen Geistlichen mit Worten der Verehrung und Liebe zu äußern.

Heuchelei und Doppelzüngigkeit sind auch heute noch die hervorstechendsten Eigenschaften der Schriftgelehrten und Pharisäer wie vor Jahrtausenden. Der Glaube ist in Gefahr, wenn katholische Arbeiter, Angestellte und Beamte sich mit anderen Kreuzträgern des Daseins zusammenschließen, um nicht von dem Rammonsgöhen erdrückt zu werden. Nicht aber ist der Glaube in Gefahr, wenn katholische Kapitalisten mit jüdischen Bankiers, mit protestantischen Sozialgelehrten, mit freigeistigen Industriellen, mit atheistischen Kommerzienräten und anderen Vertretern des Rammonismus sich eng zusammenschließen. Auch nicht in Gefahr ist der Glaube, wenn katholisch-kapitalistische Organisationen, wie der Rheinische Bauernverein, immer wieder den Hungerkrieg gegen die Nichtbesitzenden predigen, ja zum Widerstand gegen die Gesehe und die Obrigkeit auffordern. In Gefahr kommt der katholische Glaube nur, wenn redliche Arbeiter um ihren Lohn kämpfen und ein Priester es nicht über sich gewinnt, mit zweierlei Maß zu messen.

Alle Bannstrahlen werden auch auf den politischen und wirtschaftlichen Gebieten die Strahlen der Erkenntnis nicht aufhalten können. Aus dem einen Pfarrer Hohoff, der im geheimen schon manchen Besinnungsfreund in Priestergewande hat, werden mehr und mehr werden, bis schließlich die Kirche sich mit dem wissenschaftlichen Sozialismus abfinden wird, wie sie schon so viel allmählich ertragen hat.

Unser verehrter großer Hohoff aber wird mit dem gütigen Vöckeln der Altersweisheit und mit dem milden Verstehen und Verzeihen, das ihm seine wahre Religiosität gewährt, den Ladel der politischen Eijerer hinnehmen. Nicht er, sondern andere bringen „Kergeris“, und ihnen gilt das „Behe!“ das die Schrift denen zuruft, die Kergeris verursachen.“

Jah packe ein!

Von Tobias Pamberlein.

Täglich spüre ich klarer, daß die Rechnung meines Lebens nicht stimmt. Ich nehme meinen Bleistift, den treuen Kaufungen meiner Phantasie, und sage ihm: Heute wollen wir rechnen, mein Sohn, es stimmt was schon lange nicht — machen wir reinen Tisch! Werden wir uns einmal darüber klar, wer wir sind und was wir zu ver-langen haben. Sehen wir dabei von allen Gefühlsmomenten ab, von wegen „der Mensch die Krone der Schöpfung“ und so; rechnen wir einfach und fragen wir uns dann, ob sich der ganze Laden noch verkohnt.

Also: vorerst bin ich Sohn, ein Unternehmen meiner Eltern, in das diese brauen Leute eine Masse Kapital hineingesteckt haben. Es ist nur recht und billig, daß sich dieses Kapital entsprechend verzinst und durch meine Tätigkeit auch amortisieren läßt. Ich rechne dabei pro Tag eine Goldmark vom Tage meiner Geburt ab bis zum vollendeten 14. Lebensjahre. Das sind 5110 Goldmark. Vom 14. bis zum 24. Lebensjahre bestand die Hoffnung einer Verzinsung, welche sich aber nicht erfüllte. Bis zum 17. Jahre muß die übliche Lehn gerechnet werden; was da verdient wurde, muß als durch die erhöhten Betriebsunkosten ausgeglichen gelten. Also weitere drei Jahre mit 1095 M.; im ganzen 6205 Goldmark. Nun kommen die vier Kriegsjahre. In ihnen wurden keine Werte von mir hergesteilt, vielmehr kostete ich dem Staate jeden Tag mit Nahrung und Ausrüstung 8 Goldmark, macht 15 680 Goldmark, was das Einlagekapital auf 21 835 Goldmark erhöht. Zu dieser Summe dürfen mit Zug und Recht die 32 000 M. Munitionsverwendung geschlagen werden, die der Weltkrieg pro Waffenträger einsetzte. Macht 53 835 Goldmark Kapitalanlage in dem einundzwanzigjährigen Jüngling.

Dieser Knabe ist etwas nervös, selbstlich gut gewachsen und hat einige Talente. Ist übrigens inzwischen 25 Jahre alt geworden und verdient Geld. Pro Monat 2 1/2 Tausend Papiermark (der Gel ist Scheinsteller . . . man kann sich auch einen Stachelbrant durch den Dickdarm ziehen. Doch das nur persönlich. . .) gleich etwa 6 Goldmark. Die Verzinsung und Amortisierung des in mich gesteckten Kapitals macht aber monatlich (das hat mir ein amtlich beglaubigter Nationalökonom ausgerechnet) 75 Goldmark aus. Rechnet man die Betriebskosten mit nur 3 M. pro Tag, so bin ich ein fleischgewordenes Defizit von monatlich 159 Goldmark oder 53 000 Papiermark, als biologische Erscheinung aber ein Existenzkräftel, über das sich die Nationalökonom den Kopf zerbrechen sollen. Ich selbst habe es ausgegeben, hinter dieses Geheimnis zu kommen. Stehle ich nun jeden Tag oder werde ich bestohlen; ist mein Dasein eine Fiktion oder die Mathematik; bin ich hoch oder die anderen? Wo kommt das viele Geld her, das ich gekostet habe, wohin das viele,

nächsten Polizeistationen von dem jeweiligen Stande des Verkehrs benachrichtigen zu können. Eine andere praktische Verwendung findet das Flugzeug in Holland zum Transport von Blumen. Die früh am Morgen in den großen holländischen Gärtnereien geernteten Blumen gelangen auf diese Weise noch am selben Tag auf die Märkte Londons. Sehr beliebt ist neuerdings auch die Verbenutzung des Flugzeugs zu Reklamezwecken geworden. Die Berliner Polizei hat allerdings das Abwerfen von Reklamezetteln aus den Flugzeugen in jüngster Zeit streng unterbott, dafür hat man aber eine andere wirkungsvolle Reklame erlernt. Während der Abendstunden kreisen über der Stadt Flugzeuge, auf die zunächst die Scheinwerfer des Eissellerns gerichtet werden, so daß sie alle Augen auf sich ziehen. Bald man nun näher hin, so strömen sie irgendeine Eihreklame aus. Diese aus der Dunkelheit groß und hell herausleuchtenden Worte sind in der Tat so auffällig, daß man unwillkürlich zu ihnen hinaufblickt, so daß der Zweck der Reklame in vollem Maße erreicht wird.

Neber das Wesen der Hypnose hat jetzt Paul Schilder eine Arbeit veröffentlicht, die den bisherigen Ansichten in einzelnen Punkten geradezu widerspricht. Man glaubte sonst immer, daß der Hypnotisierte ein willensloses Werkzeug in der Hand des Hypnotiseurs sei; wer überhaupt Anlage habe, dem gelinge es nur selten, der hypnotischen Beeinflussung Widerstand entgegenzusetzen. Schilder ist der Ansicht, daß der Hypnotisierte sich sehr wohl bewußt ist, daß er in der Hypnose den Befehl des Hypnotiseurs empfängt, ebenso wie auch der Schlafende und Träumende weiß, daß er schläft und träumt. Der Hypnotisierte ist also ein völlig willensloses Werkzeug. Wie weit er dem Einfluß folgen will, darüber entscheidet seine psychische Gesamteinstellung zu dem Hypnotiseur. Das einmal Erlebte wird dauernder Besitz der Persönlichkeit, es kann zwar verdrängt, aber nicht verloren werden. Die psychische Haltung des Hypnotisierten ist eine Einstellung kindlichen Gehorsams, sie wurzelt in ihrer Grundhaltung in der Unterordnung unter eine Autorität, und sie schließt auch in das sexuelle Gebiet hinein, indem eine Lust zu bedingungsloser Hingabe geworden wird. Im Ganzen scheint die Wiederkehr der Indifferenziertheit, d. h. einer früheren Entwicklungsstufe, die maßgebende Erscheinung zu bilden. Die Hypnose ist im wesentlichen die Leistung des Hypnotiseurs, der Hypnotiseur vertritt, je nachdem, das Liebesobjekt oder die väterliche, staatliche, göttliche Gewalt. Das würde allerdings die überraschende Begehrtheit erklären, mit der die gewöhnliche hypnotische Beeinflussung sich manchmal einstellt. Dem Hypnotiseur erwächst dagegen bei dem Vorgang die Aufgabe, den Hypnotisierten aus seinem unindifferenzierten Zustande erzieherisch zu neuen Differenzierungszu bringen.

Zu Deutschen Opernhaus teilt Nikolai Dmitri Smirnow zum ersten Male in dieser Saison als Gast auf. Er singt den Herzog in „Rigoletto“. In der Elektrotheater-Kammermusik-Welt ist er als „Händel“ bekannt.

„Ausstellung für graphische Kunst“ benennt sich der neue Ausstellung, der am Sonnabend in der Bach- und Kunsthandlung Reuß u. Pollack eröffnet wird. Als erste Ausstellung zeigt Hermann Strud seine graphischen Arbeiten.

Völkerverbund gegen Saarbewohner.

Genf, 5. September. (WTB.) Der Völkerverbund beauftragt für ein neues Jahr das Mandat des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission des Saargebietes Dr. Hector, trotz der gewaltigen Protestkundgebungen, die sich im ganzen Saargebiet gegen Hector erhoben haben. Der Völkerverbund fordert den Generalsekretär auf, Herrn Hector ausdrücklich den Dank des Völkerverbundes für die Dienste, die er während seiner Amtsführung dem Völkerverbund geleistet hat, auszudrücken.

Genf, 5. September. (WTB.) Die Völkerverbandsversammlung bildete gestern sechs große Ausschüsse, die sich folgen demassen in die Arbeiten der Versammlung teilen: 1. Verfassungs- und Rechtsfragen. 2. Technische Organisation. 3. Abrüstung. 4. Haushalts- und Finanzfragen. 5. Allgemeine Fragen. 6. Politische Angelegenheiten. Außerdem wurde eine Kommission aus fünf Mitgliedern mit der Prüfung der Tagesordnung und der Aufnahme eventueller neuer Verhandlungsgegenstände beauftragt. Im Verlaufe der weiteren Sitzung wurde die vorläufig aufgestellte Tagesordnung gebilligt. Ein litauischer Protest gegen die Willkür des Tolens in der Wilnafrage wurde der Kommission überwiesen, die sich in kurzer Zeit über die Aufnahme oder Nichtaufnahme dieser Frage in die Tagesordnung äußern soll.

Der beratende technische Völkerverbandsausschuss für Verkehr und Transitwesen beschloß, ein Schlichtungsverfahren über den Streitfall zwischen der deutschen Regierung und der Regierungskommission des Saargebietes über die Anwendung der Berner Konvention in die Wege zu leiten. Die Kommission beabsichtigt, die Angelegenheit einem fünfgleidrigen Ausschuss zu überweisen, von dem drei Mitglieder durch die Verkehrs- und Transitzion, die anderen beiden von der deutschen Regierung und der Regierungskommission des Saargebietes ernannt werden sollen.

Der Zwischenfall von Oberkassel.

Düsseldorf, 5. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Untersuchung in der Oberkasseler Mordaffäre hat bisher noch kein Resultat erzielt. Von seiten des Regierungspräsidenten ist eine Belohnung von 100000 Mark auf die Ergreifung der Täter ausgesetzt worden. Die Stadtwartung will auch ihrerseits eine Belohnung von 50000 Mark aussetzen. Die Untersuchung gestaltet sich so schwierig, weil die sofort nach der Mordtat nach Oberkassel geschickten deutschen Kriminalbeamten von den Belgiern verhaftet und erst vierundzwanzig Stunden nachher zur Untersuchung zugelassen wurden. Man nimmt hier allgemein an, daß es sich nicht um einen nationalistischen Anschlag, sondern um irgendeine Liebesaffäre handelt.

Neue Niederlage der Griechen.

Paris, 5. September. (WTB.) Havas meldet Angora, im Gebiet von Ostlichkeit seien von den Türken ungefähr 200 Gefangene erbeutet worden. Der Fall der Stadt Ufshaf befiel sich. Der Verlust der Griechen werde auf etwa 12000 Mann geschätzt, nämlich 5000 in der Schlacht von Hum-Karabiser, 5000 in der Schlacht von Ostlichkeit, der Rest bei anderen Angriffen.

Smirna, 5. September. (EP.) Das englische Kriegsschiff King George ist Montag in Smirna angekommen. Weitere englische und andere Kriegsschiffe werden erwartet.

London, 5. September. (EP.) Wie Reuters mitteilt, ist die englische Regierung mit der französischen und italienischen Regierung in Unterhandlungen getreten, um einen Waffenstillstand zwischen Griechenland und der Türkei zu vermitteln.

Der Vorstand des Vereins deutscher Zeitungsverleger protestiert in einer Resolution gegen die Verwältigungspraxis, mit der das Gesetz zum Schutz der Republik gehandhabt wird.

Verbot gegen die Nationalsozialisten. Eine „Fahnenweihe“, die von der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ausgeschrieben worden war, ist verboten worden. Natürlich nicht von der bayerischen Regierung, sondern es handelt sich um einen Stuttgarter Ableger der Münchener Arbeiterpartei, dem die württembergische Regierung das Verbot erteilt hat.

Zurückhaltung am Devisenmarkt.

Am Hinblick auf die morgen beginnenden Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und den Vertretern Belgiens zeigte die Börsenspekulation heute eine weitgehende Zurückhaltung. Am Devisenmarkt waren die Umsätze gänzlich unbedeutend, der Dollar hielt sich gegen Mittag auf 1425 bis 1430. Es bestand immerhin einige Nachfrage, für die jedoch kein entsprechendes Angebot vorhanden war. Der Bedarf des Einfuhrhandels hält nach wie vor an.

An den Effektenbörsen wirkt die Geldknappheit lähmend. Nur vereinzelt zeigt sich etwas regeres Geschäft, so vor allem in verschiedenen Wertpapieren, wie Diavt Aktien, Canada usw. Seit einigen Tagen hat sich am Markt der russischen Renten, Eisenbahnprioritäten und auch einiger russischer Bankaktien eine lebhaftere Hausse entwickelt. Angeblich kauft Frankreich russische Renten, England russische Bankaktien. An den seit langen Jahren mit Rußland in Beziehung stehenden Konfirmen ist man gegenüber dieser neuen Bewegung sehr skeptisch gestimmt. Man glaubt, daß es sich in der Hauptsache um ein reines Börsenmanöver handle und daß für die bisher eingetretenen Steigerungen jede Berechtigung fehle. Es sei hier besonders darauf hingewiesen, daß von unverantwortlicher Seite versucht wird, für diese Hausse Mitläufer zu gewinnen.

Devisenkurse.

	5. September		4. September	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
100 holländische Gulden ..	55429.35	56570.65	55980.—	56070.—
1 argentinischer Papier-Peso ..	521.8214	528.1714	529.3214	529.0714
100 belgische Franc ..	10561.75	10588.25	10761.50	10788.50
100 norwegische Kronen ..	29870.—	24080.—	24119.50	24180.20
100 dänische Kronen ..	80001.25	81038.75	80961.35	80908.65
100 schwedische Kronen ..	38152.25	38247.75	38152.25	38247.75
100 finnische Mark ..	3178.—	3184.—	3171.—	3179.—
1 japanischer Yen ..	658.10	657.90	696.10	697.90
100 italienische Lire ..	6242.15	6257.85	6367.—	6383.—
1 Pfund Sterling ..	6518.80	6538.20	6518.80	6538.20
1 Dollar ..	1423.21	1426.79	1454.17	1461.88
100 französische Franc ..	11196.05	11163.95	11375.75	11404.25
1 brasilianischer Milreis ..	159.78	190.24	192.75	193.25
100 Schweizer Franc ..	27215.90	27284.10	27685.35	27734.65
100 spanische Pesetas ..	22172.25	22227.75	22421.90	22478.10
100 österr. Kronen (abgest.) ..	1.88	1.92	1.83	1.87
100 tschechische Kronen ..	5118.53	5131.47	4968.75	4981.25
100 ungarische Kronen ..	62.92	63.08	61.42	61.58
100 bulgarische Letva ..	845.90	816.10	848.90	851.10

Grünkoller.

Am vergangenen Sonntag ist ein Polizeibeamter in Ausübung seiner Pflicht von einem Ausländer glatt über den Haufen geschossen worden. Zwar hat sich der Täter darauf sofort selbst entsetzt, aber der tote Beamte wird dadurch nicht wieder lebendig. In demselben Tage wurden Beamte derselben Schutzpolizei, als sie, wieder in Ausübung ihres Amtes, in einem heftig in Unordnung geratenen kommunistischen Demonstrationsszug Ruhe und Ordnung stiften wollten, von Teilnehmern des Zuges beschimpft, bedroht und zum Teil tätlich angegriffen. In beiden Fällen haben die Beamten nicht nur ihre Pflicht erfüllt, sondern sie sind in der Ausübung dieser ihrer Pflicht auch ruhig, maßvoll und sachlich vorgegangen. Es hat sich in beiden Fällen wieder herausgestellt, daß ein großer Teil des Publikums sofort ohne Prüfung der Gründe gegen die Polizeibeamten Stellung genommen hat. Warum? Weil viele sich den alten Plankoller trotz gänzlich veränderter Verhältnisse bis in die jüngste Zeit hinein konservert haben, nur mit dem Unterschied, daß aus dem Plankoller ein Grünkoller geworden ist. Die Polizei des alten Regimes und ihre Prozis war alles andere als vorbildlich; aber man weiß doch auch heute ganz genau, daß die Beamten damals von oben herab, oft gegen ihren eigenen Willen, zu scharfem schneidigen Vorgehen gegen das Volk ermuntert wurden. Heute nimmt der Polizeibeamte aber eine ganz andere Stellung ein als früher; er steht nicht mehr über dem Volk, sondern ist ein Teil dieses Volkes, und seine Aufgabe im Straßendienst ist es, die ruhig und gestittet sich bewegenden Teile der Bevölkerung gegen die Uebergriffe und unzügelte Rohheit oder betrunkener Wesen sowie gegen verbrecherische Gefindel zu schützen und für die glatte Abwicklung des Verkehrs zu sorgen. In England und Amerika ist der „policeman“ schon seit langem der Freund, Helfer und Berater des Publikums und beide, Polizei und Publikum, stehen sich ausgezeichnet dabei, weil auf der einen Seite auch niemand es wagen darf, sich an einen policeman zu vergreifen.

Die ganze moderne Ausbildung der Polizeibeamten stellt sich immer mehr darauf ein, ihn zu einem Schlichter und Helfer, Berater und Freund des Publikums werden zu lassen. Daraus erwächst aber auch für die gutgesinnten Teile der Bevölkerung die Pflicht, wo immer sie können, die Polizeibeamten in der Ausübung ihrer Pflicht zu unterstützen. Und wenn es auch nicht ratsam ist, sich in Straßenhändel aktiv einzumischen, so hat man doch, wenn man die Entstehung des Streites beobachtet und die einwandfreie Haltung des Polizeibeamten festgestellt hat, die unbedingte Pflicht, auf das Publikum erklärend und beruhigend einzuwirken. Der polizeiliche Straßendienst ist in Berlin gewiß kein Kinderspiel, und man kann sich nur freuen, wenn man beobachtet, mit welchem Ernst und welcher Aufmerksamkeit sich die oft noch jungen Beamten ihrer Aufgabe widmen. Wenn sie aber die Freunde des Publikums werden, wenn sie sich als solche fühlen sollen, dann muß auch das Publikum seinen Teil dazu beitragen. Irgendeine Art von Grünkoller muß hingegen auf die Dauer zu unerträglichen Zuständen führen.

Zu der Erkennung des Schupobeamten

Polizei-Oberwachmeisters Bechen an der Ecke der Viehmann- und der Neuen Ränigstraße wird uns noch mitgeteilt, daß die Ermittlungen des Kriminalkommissars Sahmig beim Erkennungsdienst des Polizeipräsidiums ergeben haben, daß der Täter die Belantische des Polizeiwachmeisters Hein, dessen Adresse bei der Leiche gefunden wurde, in einem Hotel in der Wendelschloß, Ecke Lindenstraße gemacht hatte. Hein gegenüber hatte sich der unbekannte Täter als Kriminalbeamter ausgegeben und auch die bei ihm vorgefundene Erkennungsmarke gezeigt. Dem Polizeiwachmeister gegenüber hatte er sich Fritz Romanow genannt. Im Laufe des Gesprächs waren beide übereingekommen, sich wieder einmal zu treffen. Hein hatte dem angeblichen Kriminalbeamten daraufhin seine Adresse angegeben, während dieser eine Wohnung in der Großen Frankfurter Straße angab. Ermittlungen ergaben dort aber, daß die von ihm angegebene Adresse falsch war. Da nun der angebliche Fritz Romanow schon seit längerer Zeit im Besitz der Erkennungsmarke gewesen zu sein scheint, so ist es wahrscheinlich, daß er sich auch an anderen Stellen bereits für einen Kriminalbeamten ausgegeben hat und vielleicht auch als solcher Schwindelstücke ausgeführt hat. Zur Feststellung seiner Persönlichkeit ist es daher dringend erwünscht, daß sich Personen, die mit dem vermeintlichen Kriminalbeamten Romanow, einem glattrasierten jungen Manne, der gewöhnlich einen guten, blauen einreihigen Jacketanzug und halbe Lackschuhe trug, irgendwo zusammengekommen sind, sich bei Kriminalkommissar Sahmig im Zimmer 45a des Berliner Polizeipräsidiums melden. Der unbekannte Sproß zwar ein gutes Deutsch, doch war seine ausländische Herkunft dennoch herauszuhören. Die Leiche wird morgen zur Feststellung der Todesursache obduziert werden.

Einbrecher Pieper wieder ergriffen.

Die gemeingefährliche Rolle des Detektivs Grünberg. Zur Wiederverhaftung des durch Unregelmäßigkeiten im Berliner Polizeipräsidium entwichenen Geldschrankknaders Pieper war von der Kriminalpolizei alles aufgeboten worden, um den gefährlichen Burschen wieder dingfest zu machen. Von einer Polizeistreife wurde Pieper, der bei einem Angehörigen in der Paderstraße 41 Unterschlupf gefunden hatte, heute in aller Frühe überrascht und er konnte auf seiner Lagerstätte an der Erde festgenommen werden, ehe er sich noch erheben und Widerstand leisten konnte. Er wurde in das Polizeipräsidium eingeliefert. Der ungetreue Dienststellenleiter, Kriminalkommissar Frenz, der frühere Kriminalbeamte Zentwinat und der Privatdetektiv Grünberg, die bei der Befreiung Piepers ihre Hand im Spiel hatten, wurden heute dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Ueber die Unregelmäßigkeiten und insbesondere über das gemeingefährliche Treiben des Detektivs Jakob Grünberg erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Grünberg hat eine sehr bewegte und dunkle Vergangenheit. Er ist aus dem Osten eingewandert und hat schon während des Krieges eine sehr zweifelhafte Rolle gespielt. An der östlichen Grenze leitete er Spionagedienste, aber, wie sich später herausstellte, für beide Seiten. Nach Berlin gekommen, eröffnete er in der Tempeliner Straße 11 ein Detektivbüro und suchte sich seine Rundschaft in der Hauptsache unter seinen Landsleuten und Glaubensgenossen. Leute dieser Art, die wegen irgendwelchen Vergehens mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt gekommen waren, wandten sich an Grünberg, der ihnen Hilfe jeder Art versprach. Er berief sich dabei auf seine großen Verbindungen und seinen Ansehens, den er im Polizeipräsidium selbst habe. Für seine „Hilfe“ ließ sich Grünberg hohe Vorshüsse geben, die er auch in den meisten Fällen erhielt. War das „Geschäft“ nicht lohnend genug, so lehrte er den Spielespieler, setzte sich mit der Polizei in Verbindung und spielte hier den sogenannten Ahtaroschenjungen. Auch hier arbeitete Grünberg also Heber nach beiden Seiten. Da es nun sehr häufig vorkam, daß solche Personen nach einem eingehenden Verhör wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, ohne daß natürlich Grünberg irgend etwas dazu getan hätte, so spielte er sich seiner Rundschaft gegenüber als der Mann auf, dem sie die Freilassung zu verdanken hätten. Dafür strich er dann große Geldmittel ein. Er debütierte aber sein „Geschäft“ auch auf Hamburg aus. Dort lebte eine Einbrecherkolonie Hirsch, zu der Pieper gehörte ihr Unwesen. Pieper war verhaftet worden, aber es gelang ihm, wie es heißt, ebenfalls unter Mit Hilfe Grünbergs, zu entfliehen. Bald darauf wurde er aber

von der hiesigen Kriminalpolizei wieder ermittelt und in das Polizeigefängnis eingeliefert. Frau Pieper setzte sich mit dem „Privatdetektiv“ Grünberg in Verbindung, stellte diesem 100000 M. zur Verfügung, um mit Hilfe des Geldes ihren Mann aus dem hiesigen Polizeigefängnis zu befreien. Nun machte sich Grünberg vermittelnd des Zentwinat mit dem alten Beamten Frenz bekannt, und bei einer Zusammenkunft im „Hirschkeller“ wurde die Befreiung des Pieper besprochen. Personen, die mit Grünberg, der unter dem Namen „Leo“ bekannt war, zu tun gehabt haben, werden ersucht, sich bei der Dienststelle B 19 des Polizeipräsidiums zu melden.

Warum Banknotenmangel?

Dem Betriebsauschuss der Reichsdruckerlei wird uns geschrieben: In der Reichsbank und größeren Bankanstalten ist eine Bekanntmachung erlassen, die besagt, daß der Mangel an Banknoten auf den Streik der Buchdrucker in der Reichsdruckerlei zurückzuführen sei. Auch wird dieselbe Mitteilung in Großbetrieben gemacht mit dem sehr durchsichtigen Zweck, die Arbeiterchaft, deren Lohn oder Gehalt infolge Geldmangel nicht voll ausgezahlt werden kann, gegen die Arbeiterchaft der Reichsdruckerlei aufzubringen. Dieser künstlichen Stimmungsmache gegenüber hätten wir folgendes festzustellen: Der Ausfall an Banknoten wurde gleich nach Beendigung des Streiks der Berliner Buchdrucker und Hilfsarbeiter durch mehrfach in zwei Schichten geleistete Sonntagsarbeit ausgeglichen. Die eigentliche Ursache des Geldmangels ist die ungeheure Geldwertung. Wiederholt verlangt die Arbeitervertretung der Reichsdruckerlei von der Direktion, daß durch Ausbeutung der zweiten bzw. Einführung einer dritten Schicht die Produktion um 40 Proz. gesteigert und zugleich der sich füllende Arbeitsmarkt entlastet wird. Dadurch wird es möglich sein, den Anforderungen der Reichsbank nachzukommen. Durch die hinsichtlich Tendenz der Direktion in Bezug auf Einstellung von Arbeitslosen kommt die Reichsbank immer mehr in ihren Anforderungen ins Hintertreffen.

Die Gesamtarbeiterchaft der Reichsdruckerlei legt Wert darauf, öffentlich festzustellen, daß, wenn das Reich, die Industrie und die Arbeiterchaft unter dem Mangel an Geldmitteln notleidet, die Schuld hieran nicht die Arbeiterchaft, sondern einzig und allein die Direktion der Reichsdruckerlei trifft, die sich nicht einschließen kann, aus bürokratischen Bedenken heraus etwas schneller zu handeln, als es sonst ihr Amtschicksal erlaubt.

Eine neue Urnenmauer.

Der Magistrat hat die Stadtoverordnetenversammlung in einer Vorlage ersucht, sich mit der Errichtung einer Urnenmauer auf dem Friedhof in der Gerichtstraße einverstanden zu erklären und die Annahme der Kosten in Höhe von 285000 M. aus zentralen Vorbehaltsmitteln zu bewilligen. Die in der Urnenhalle und in den beiden Hülsen des Krematoriums vorhandenen Belegungsmöglichkeiten sind infolge der stetig zunehmenden Zahl der Einäscherungen fast sämtlich auf vorläufig 20 Jahre vergeben worden. Der Magistrat beabsichtigt weiter oberirdische Belegungsmöglichkeiten, sogenannte Urnenhöfe, zu schaffen, will jedoch von dem Bau einer besonderen Urnenhalle absehen und den Urnenhöfen an der Plantagen- und Ruheplatzstraße mit einer Urnenmauer einrichten. Es entfallen so insgesamt 2200 Nischen für die Belegung von 3800 Leichen. Es ist beabsichtigt, die Gebühren für den Verkauf der Nischen erst im Einvernehmen mit der Stadtoverordnetenversammlung festzusetzen, nachdem die Arbeit beendet ist. Die Belegungsmöglichkeiten werden nach den Bestimmungen der Friedhofordnung auf die Dauer von zwanzig Jahren vergeben, und sind nach den bisherigen Erfahrungen in längstens 5 Jahren belegt. Da die Einäscherungen in regelmäßigen Zeitabständen von 20 Jahren wiederkehren, sind die Einäscherungen an der zweiten und ferneren Belegung als Ueberflüsse für die Stadtgemeinde zu bezeichnen.

Rimmer für Abgeordnete. Die Verschiedene Landtagsfraktion sucht für einige Abgeordnete zum Wiederwählungstermin des Landtags (Ende September) einige Zimmer. Angebote an das Sekretariat der SPD-Fraktion, Berlin W., Landtag, Zimmer 51a.

Schweres Autounfall auf einem Arbeiterausflug.

Die Gewerkschaft der Metallarbeiter in Prerau hatte gestern einen Ausflug zur Beschäftigung Sokoos veranstaltet. An der Fahrt beteiligten sich 180 Arbeiter, die in drei Lokautos befördert werden sollten. Zwei Autos erlitten schon auf der Hinfahrt eine Panne, so daß sie die Fahrt aufgeben mußten. Das dritte Auto erlitt bei der Rückfahrt von Sokoos auf einer abschüssigen Stelle der Straße einen folgenschweren Unfall, weil wahrscheinlich der Chauffeur eine Biegung der Straße zu stark nahm. Dadurch wurden die Insassen auf die linke Seite des Autos geschleudert, der Kasten des Wagens riß sich los und stürzte in die Tiefe. Bis jetzt wurden 2 Personen als tot, 15 schwer und 18 leichtverletzt festgestellt.

Rettung für 48 eingeschlossene Bergarbeiter. Wie aus Rom laut gemeldet wird, hofft man, die 48 Bergarbeiter, die vor einer Woche in einem Bergwerk bei Jassan in Kollforata verschüttet worden sind, noch retten zu können. Es ist der Rettungsmannschaft gelungen, mit den Verschütteten in Verbindung zu treten, die auf ihren Anruf geantwortet haben. Man hofft, daß die Rettungsarbeiten in ein oder zwei Tagen beendet sein werden.

Explosion eines französischen Munitionsbepfels. Nach einer Havas-Nachricht aus Poitiers ist Montag früh ein Munitionsbepfel, in dem eine Feuerbrunst ausgebrochen war, mit 3000 Granaten in die Luft geflogen. Es fielen auch Granaten in die Stadt. Mehr als 1500 Meter vom Explosionsort entfernt, ist an den militärischen Gebäuden und den Häusern der Umgebung bedeutender Schaden verursacht worden. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und überwiegend heiter, nachts Nebel, in den Mittagsstunden ziemlich warm bei mäßiger Bräule bis 10 bis 11 Grad Celsius.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Mittwoch, den 6. September:

7. Kreis, Charlottenburg. Abends 7 Uhr, Sitzung aller in der Volkshauspartei tätigen Genossen und Genossinnen im Sekretariat, Rindenschloß 4.

107. W. W.-G. Abends 7 Uhr, Trauungsabend der Klingenberg, Göttemann-Str. 12. Gleichzeitig dort Nachbesprechung.

108. W. W.-G. Oberhohenzollern. Die Mitgliederversammlung findet erst am Mittwoch, den 13. September statt.

2. Kreis, Friedrichshagen. Donnerstag, den 7. September, abends 7 Uhr, Väterversammlung der Väterbeiräte und der Frauen Schützengilde in der Schule, Väterstr. 4, Zimmer 10. Die Mitteilungsleiter werden gebeten, die Genossen extra darauf aufmerksam zu machen.

Jugendveranstaltungen.

Bereich Arbeiterjugend Groß-Berlin, 68. Lindenstr. 2, 2. Hof, 2. Tr.

Heute, Dienstag, den 5. September, Mitgliederversammlungen: 1. Kreis, Charlottenburg. Abends 7 Uhr, Sitzung aller in der Volkshauspartei tätigen Genossen und Genossinnen im Sekretariat, Rindenschloß 4.

Gewerkschaftsbewegung

Der englische Gewerkschaftskongress.

Am Montag wurde in Southport der englische Gewerkschaftskongress eröffnet. 800 Delegierte, die 5 bis 6 Millionen Mitglieder vertreten, nahmen an dem Kongress teil. Obwohl der Kongress zum Unterschied vom Kongress der Arbeiterpartei, die sich in der Hauptsache gleichfalls aus den Gewerkschaften zusammensetzt, sich nicht mit den eigentlichen politischen Problemen zu befassen hat, wird doch die außerordentliche politische Situation zweifellos dem Kongress sein Gepräge geben.

Bei der Eröffnung des Kongresses erklärte der Vorsitzende Walker, er sehe keinerlei Anzeichen eines Wiederauflebens des Handels. Millionen von Arbeitern würden im nächsten Winter große Entbehrungen leiden. Die Arbeitgeber benutzten die Wirtschaftslage, die schlecht sei und jeden Tag schlimmer werde, als Entschuldigung für ihre Veruche, die Löhne herabzudrücken; sie möchten den Arbeitern auch das Mitbestimmungsrecht bei der Kontrolle der Industrie, in der sie beschäftigt sind, abschaffen. Ueber allen Arbeitern hänge wie das Schwert ein einziger Faden die ewig drohende Arbeitslosigkeit. Dies gereiche den Radikalen zum Vorteil, die diesen Vorteil bis zur äußersten Grenze ausnützten. Die Arbeitslosigkeit werde in der kommenden Zeit in erschreckendem Maße zunehmen. Zum Schluß trat Walker für eine Revision des Versailler Vertrages, für die Zurückziehung der Besatzungsheere aus Deutschland und für die Wiederherstellung eines guten Einvernehmens aus dem Kontinent ein. Die Arbeiter würden nicht immer nur Figuren in dem Schachspiel zwischen den Regierungen zu sein; diese Frage sei für sie und ihre Genossen in den anderen Ländern eine Frage des täglichen Brotes. Sie verlangten, daß sie geregelt werde und würden diese Forderung auch durchsetzen.

In einer öffentlichen Versammlung, die anlässlich des Gewerkschaftskongresses stattfand, erklärte Smille, der bekannte Führer der Bergarbeiter, in England ständen Millionen Menschen am Rande des Verhungerns, und zwar nicht wegen einer Hungersnot, sondern sie hungerten und litten Entbehrungen, weil die Staatsmänner Europas die europäischen Probleme nicht im Interesse der Völker geregelt hätten.

Der Kongress wird sich vornehmlich mit dem Problem der Arbeitslosigkeit und mit dem System der Lohnkürzungen zu befassen haben. Die Frage des Zusammenschlusses der Gewerkschaften zu großen Industrieverbänden, die den Leipziger Gewerkschaftskongress so leidenschaftlich beschäftigte, dürfte kaum wesentliche Debatten hervorrufen, da diese Frage in England zugunsten der Industrieverbände eigentlich bereits entschieden ist, und zwar viel mehr durch die Praxis als durch Kongressbeschlüsse.

Auch die Frage des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter im Wirtschaftsbetrieb beschäftigt die englischen Gewerkschaften, und gerade um dieses Mitbestimmungsrecht, das die Unternehmer auszuhalten bestrebt sind, wurden heftige Kämpfe geführt, wie vor einiger Zeit die große Ausperrung der Maschinenbauer.

Lohnkürzungen, Arbeitslosigkeit, Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und die Eringung eines entscheidenden politischen Einflusses, das sind die Probleme, die gegenwärtig die englischen Gewerkschaften beherrschen. Wenn diese ihren insularen Fortitarismus aufgegeben haben und stets die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge in den Vordergrund stellen, dann ist daran in der Hauptsache der Vertrag von Versailles schuld, der die englische Arbeiterschaft besonders hart getroffen hat.

Die neuen Erhöhungen für Staatsbedienstete.

In der letzten Nacht ist im Reichsfinanzministerium nach 14stündiger Verhandlung zwischen den Vertretern der Regierung und der Gewerkschaften ein Uebereinkommen erzielt worden, das den Beamten und Arbeitern eine sehr wesentliche Aufbesserung ihrer Bezüge garantiert.

Als Grundlage der Verhandlung wurde das Steigen der Indexziffer von Monat Juli bis Ende August genommen. Nach den Ermittlungen der Regierung ist in dieser Zeit die Teuerung um 55 Proz. gestiegen. Infolgedessen verlangten die Gewerkschaften für die Staatsarbeiter eine Erhöhung von 15 M. pro Arbeitsstunde und für die Beamten eine solche von rund 40 000 M. pro Jahr. Die Regierung war ursprünglich nur bereit, die Lohnsätze um 8 M. und dementsprechend die Beamtenegehälter zu erhöhen. Man einigte sich schließlich dahin, daß die Löhne jetzt um 30 Proz. gegenüber August erhöht werden.

In Anbetracht an diese Einigung wurde der allgemeine (prozentuale) Teuerungszuschlag für die Beamten um 132 Proz. und zwar von 305 auf 437 Proz. erhöht. Für die ersten 10 000 M. Grundgehalt werden 492 Proz. gezahlt. Für einen Beamten der Besoldungsgruppe III Stufe 3 in Ortsklasse A beträgt diese Erhöhung 2244 M. monatlich, bei einem Kind 2573 M. Die Verhandlungen über die Arbeiterfragen begannen heute nachmittag.

Die Regierung gab die Zusicherung ab, daß die Beamten und Staatsarbeiter die neuen Bezüge in kürzester Zeit erhalten sollen. Durch besondere Kreisstelegramme werden sämtliche Dienststellen angewiesen, bereits am kommenden Mittwoch den Arbeitern die neuen Löhne zu zahlen und entsprechende Auszahlungen an die Beamten vorzunehmen.

Die Gewerkschaften unterbreiteten dann der Regierung die Forderung einer einmaligen nicht rückzahlbaren Wirtschaftsbekämpfung für die Beamten und Arbeiter. Dieses Verlangen wurde dann jedoch zurückgezogen, als die Regierungsvertreter die

Erklärung abgaben, daß bereits beim Reichstag der Antrag gestellt sei, die Kredite für die Genossenschaften und Gewerkschaften zur Beschaffung von Kohle, Kartoffeln usw. zu erhöhen. Der Reichstag soll ersucht werden, den bis jetzt zur Verfügung gestellten Kredit in Höhe von 100 Millionen auf 500 Millionen Mark zu vergrößern.

Am heutigen Dienstag vormittag haben sich das Kabinett und der Reichsrat mit dem in der Nacht erzielten Uebereinkommen bereits beschäftigt, während der Ueberwachungsanspruch des Reichstages um 5 Uhr sich über die Zugeständnisse beraten will.

Die Forderungen der Polizeibeamten.

Die Polizeibeamtenschaft Groß-Berlins wandte sich in einer vom Verband der Polizeibeamten Preußens einberufenen Versammlung, die am Montagabend in der Brauerei Friedrichshain stattfand, mit ihren Forderungen an die Öffentlichkeit. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand die Frage der Einheitsreviere. Die Berliner Polizeireviere, so führte Schrader aus, seien ohne einheitliche Leitung. Eine große Anzahl von Schutzpolizeioffizieren sei entgegen einem ministeriellen Erlaß zu Reviervorstehern gemacht worden. Daneben sind vielfach die Reviereleiter der früheren blauen Polizei vorhanden. Ein derartiger Zustand sei nicht dazu angeht, eine einheitliche Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Zweigen des Polizeiwesens zu fördern. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kam der Referent auf die niedrige Besoldung der Beamten der unteren Besoldungsgruppen zu sprechen. Die den Straßendienst versehenen Beamten seien niedriger besoldet als jeder Durchschnittsarbeiter. Ein Vergleich zwischen Reichwehr und Schutzpolizei in bezug auf die Besoldungsfrage müsse grundsätzlich abgelehnt werden. Die für das Frühjahr 1923 in Aussicht genommene Besoldungsrevision soll an Stelle der bestehenden 13 Gruppen ungefähr die doppelte Anzahl bringen. Der Aufbau der Besoldungsgruppen müsse legethormig erfolgen. Die Ausführungen des Referenten wurden häufig von lebhaften Beifallsäußerungen der Versammlung unterbrochen.

In der außerordentlich ausgedehnten Diskussion wurde über die Zustände in der Schutzpolizei Klage geführt. In einzelnen Abteilungen sei die Annahme der unzureichenden und den Ansprüchen eines zivilisierten Menschen nicht genügenden Verpflegung spontan verweigert worden. Wiewohl herrsche eine üble militärische Disziplin. Beamtendisziplin sei Sache des Vertrauens. Den Befürwortern der militärischen Disziplin sei zu empfehlen, vor allen Dingen Disziplin bei der Durchführung von Ministerialerlassen zu beobachten. Im allgemeinen hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß mit der Beseitigung der Einheitsreviere und mit der Erhaltung der Reorganisation der Schutzpolizei der Abbau des Berufsbeamtentums angebahnt wird und daß ein gemeinsames Vorgehen der verschiedenen Polizeibeamtenverbände notwendig ist, um die gemeinsamen Forderungen durchzusetzen.

Eine Resolution, die diese Forderungen kurz formuliert, wurde von den etwa 5000 anwesenden Polizeibeamten einstimmig angenommen.

Zuviel Vorsicht.

Auf eine Anfrage über die Verteilung von Unterricht an die Technische Rothilfe im Eisenbahnwesen hat bekanntlich der Reichsverkehrsminister geantwortet, daß die Erfahrungen des Februar-Streiks gezeigt hätten, daß es unerlässlich sei, dem Verhuf einer Stilllegung des Eisenbahnbetriebes durch vorbeugende Maßnahmen entgegenzuwirken. Er halte es für seine Pflicht, Vorbereitungen in diesem Sinne zu treffen.

Der Deutsche Eisenbahnverband hat bereits bei der Verwendung von Werkstudenten zur Ferienarbeit im Eisenbahnbetrieb dagegen protestiert, daß mit dieser Studentenarbeit hinterherum eine Streikbrechergarde organisiert werde. Wie berechtigt dieser Protest der Eisenbahner war, geht nunmehr aus der oben erwähnten Antwort des Reichsverkehrsministers hervor. Diese systematische Verteilung von Unterricht an die Technische Rothilfe im Eisenbahnwesen ist durchaus keine harmlose Sache. Die Berufung auf den Februar-Streik ist nicht stichhaltig; denn der Deutsche Eisenbahnverband hat klar und deutlich erklärt, daß er im Notfall die Notstandsarbeiten unter allen Umständen ausführen lassen werde. Der Deutsche Eisenbahnverband wird auch auf seinem nächsten Verbandstag am 10. September die Garantie für die Verrichtung lebensnotwendiger Arbeiten im Eisenbahnbetrieb in Streikfällen offiziell in sein Statut aufnehmen. Dieser Schritt des Deutschen Eisenbahnverbandes macht u. E. die Verteilung von Unterricht an die Technische Rothilfe im Eisenbahnwesen völlig überflüssig.

Die Holzarbeiter gegen den Schiedsspruch.

Die Betriebsräte und Vertrauensleute der Holzindustrie, die in den Metallbetrieben beschäftigt sind, nahmen am Montag zu der in der Metallindustrie geschaffenen Lage Stellung. Nicht gab das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Wenn der Schiedsspruch eine 48stündige Arbeitswoche vorsieht, so haben wir dazu zu erklären, daß das für uns gar nicht in Frage kommt. Der Standpunkt der engeren Verwaltung ist der, diesem Abkommen nicht beizutreten. Jede Ueberstunde müsse gerade jetzt abgeholt werden. In der Diskussion kam die Meinung zum Ausdruck, den Lichtstundentag und somit die 46 1/2 stündige Arbeitswoche nehmen soll, wurde zugestimmt. Ferner gelangte eine Entschlieung zur Annahme, die den Holzarbeitern, soweit sie in den Betrieben des BMBZ. beschäftigt sind, empfiehlt, die 48stündige Arbeitswoche abzulehnen.

Deutscher Werkmeister-Verband, Berlin XI. Freitagabend 7 Uhr, Schulau, Petersburger Straße 4, Versammlung, Vortrag.

Wirtschaft

Vargeldlose Lohnzahlungen.

Die außerordentliche Knappheit an Bargeld hat dazu geführt, daß kürzlich Lohnzahlungen entweder in einzelnen Raten oder auch auf bargeldlosem Wege erfolgen mußten. Bekanntlich kann die Notenpresse dem Bedarf an Zahlungsmitteln nicht folgen. Die Reichsbank behauptet zwar, das läge an der Stilllegung der Reichsdruckerei während des Buchdruckerstreiks am Anfang Juli, doch ist ohne weiteres ersichtlich, daß diese Begründung an den Haaren herbeigezogen ist. Der tiefere Grund der Zahlungsmittelknappheit kann keinesfalls ein Streit weniger Tage sein, sondern er dürfte auch darin zu suchen sein, daß die Reichsbank jetzt noch bei einer Entwertung der Mark auf weniger als ein Dreihundertstel noch Zahlungsmittel im Umlauf hat, die im Höchstfalle auf bezwecktenfachen Friedensbetrag lauten. In der Hauptsache freilich ist die Knappheit an Bargeld auf das Emporschnellen der Preise infolge der letzten Markkatastrophe zurückzuführen.

In Reichsbankkreisen ist man schnell mit dem seit Heftigerich so glänzend bewährten „Heilmittel“ der Notenpresse bei der Hand. Man will der Bargeldknappheit durch einen erhöhten Notenumlauf steuern. Dieses Mittel ist sehr versänglich, da es unweigerlich eine weitere Entwertung des Geldes nach sich zieht. Wird doch ein großer Teil der deutschen Noten nicht zum Zweck der Zahlung im Inland, sondern zum Erwerb von Devisen benutzt, wodurch der Kurs der Mark weiter herabgedrückt wird. Ist es auch nicht durchführbar, daß die Notenpresse mit einem Male abgeklopft ist, so bleibt es doch ein erstrebenswertes Ziel, den Umlauf der Noten keinesfalls mehr zu erhöhen, als es der dringendste Bedarf an Zahlungsmitteln erfordert. Nun werden auch für die Gehalts- und Lohnzahlungen heute erheblich mehr Noten verbraucht als unumgänglich notwendig wäre. Am deutlichsten wird das bei der Zahlung der monatlichen Gehälter an Angestellte. Diese Gehälter sind für den Gebrauch eines ganzen Monats bestimmt und werden, soweit die laufende Teuerung nicht einen Strich durch die Rechnung macht, auch über die entsprechende Zeit verteilt, so daß erhebliche Beträge von Noten oft wochenlang nutzlos in der Briefschleife oder im Schrank verwahrt werden. Auch im Haushalt des Arbeiters gibt es eine große Reihe von Zahlungen, die nicht notwendig mit Bargeld beglichen zu werden brauchen, sondern ebenso gut durch eine Zahlungsanweisung auf die Bank, die der Arbeitgeber ausgestellt hat, also durch einen Scheck beglichen werden könnten. Es wäre also durchaus zu begrüßen, wenn eine Form gefunden würde, die den Scheck in weitem Umfange als Zahlungsmittel auch für Arbeiter und Festbesoldete brauchbar machen würde.

Hierzu erfolgte kürzlich ein bemerkenswerter Vorschlag von industrieller Seite. Es sollten alle größeren Industrie- und Handelsfirmen eines Bezirkes sich zusammenschließen und durch Propaganda bei den beteiligten Handelstreibern dafür sorgen, daß die auszugebenden „Arbeitnehmerschecks“ auch ohne weiteres in Zahlung genommen werden. Die Schecks selber sollten nicht über das ganze Gehalt, sondern über kleinere runde Teilbeträge, also etwa in Höhe von 100, 500 und 1000 M., ausgegeben werden, so daß sie sich leicht als Zahlungsmittel eignen. Auch sonst sind für ihre Ausfertigung Erleichterungen zu gewähren. Bei der Lohnzahlung läme zunächst nur ein Teil der Bezahlung mit Schecks in Frage.

Das sind nur die Grundzüge des Planes, dessen ausführliche Darstellung zu viel Raum erfordern würde. Uns scheint, daß dieser Plan sehr wohl einer Würdigung bedarf. Nur müßten zu seiner Ausarbeitung auch die Gewerkschaften und Genossenschaften, die beide ebenfalls in den bargeldlosen Zahlungsverkehr eingeschaltet werden können, herangezogen werden. Vorbedingung dafür ist natürlich, daß die notwendigen Sicherungen geschaffen werden, die Mißbrauch und Fälschung der Schecks ausschließen, um nicht die Vorteile des bargeldlosen Verkehrs bei den Arbeitern wieder in Mißkredit zu bringen. Jedenfalls wäre durch die Einführung bargeldloser Zahlungen eine wesentliche Erleichterung für die Reichsbank leicht zu ermöglichen, weil dann der Bedarf an Zahlungsmitteln nicht so sehr wie bisher ruckweise und an einzelnen Tagen übertrieben stark auftritt, sondern sich auf längere Zeit verteilen würde. Das allein macht die Frage schon wert, daß sie in der Arbeiterschaft genügend Beachtung findet.

Genossenschaften gegen Uebergriffe der Syndikate und Kartelle. Auf dem Deutschen Genossenschaftstag in Kiel nahmen die Waren-genossenschaften in besonderer Beratung scharfe Stellung gegen die Boykottierung der Genossenschaften durch die Syndikate und Kartelle. Der Genossenschaftstag erwartet von der Regierung gesetzlichen Schutz gegen den Mißbrauch der Kartellfreiheit. Bei der Gründung von Zentral-Einkaufsgenossenschaften wurde große Vorsicht empfohlen, da diese meist zu kostspielig werden. Die Waren-genossenschaften verlangen eine Bereitstellung weiterer größerer öffentlicher Mittel und fordern eine einheitliche Festlegung in allen in Betracht kommenden Gesetzen darüber, was unter einer gemeinnützigen Bauvereinigung zu verstehen ist.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Giese, Berlin, Verlag Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

Poroff's Bismarck

und Krankennahrung ist für Diätarme Magen- und Darmleidende ebenso unentbehrlich wie für Säuglinge und Kinder jeden Alters. Zuverlässig, nahrhaft und wohlfeil!

Gold Silber Platin Zahngelbisse Erich Fuhrmann Gotzkowskystr. 13	300 Mt. zahlen wir wenn nicht sofort Fische (Brot), Caviar, Wägen, persische Schwaben, Holzwaren, Matten, Hüfe. Zu haben in allen Apotheken u. Drogerien. Strickjacken aller Art, Jumper, Kimonos, Strand-Äckchen etc. - Einzelverkauf bester Qualitätsware Billigste Bezugsquelle Bruno Richter, Berlin - Pankow, Mendelstr. 36, 1. Fabrik-Niederlage Thüring, Wolfswarten. Straßenbahn: 46, 47, 49, 51, 57, 151, 116. Fernruf: Pankow 3723	Restehändig. Haarpuder Goltzstr. 2 a. d. Kronen-Weitzstraße Berren- u. Damenstoffe. Selden, Samt, sämtliche Futterstoffe bedarfswid unter Preis Perser-Teppiche Klaviere, Flögel höchste Tageserz. zahlb. Lern. Pallast, 9. Karl. 9194	Gold Silber Platin Brillanten kauft reell zu höchsten Tageskursen C. Käferle Uhrmacher - Juwelier Frankfurter Allee 273	Gold-, Silber-, Platin-Bruch zahlt unüberbiete Preise, da zur Selbstherstellung dringend benötigte Trauringfabrik R. Felske, Grosse Frankfurter Strasse 67. Quecksilber kauft höchstzahlend Heinrich Trapp, Bentzstr. 10 (Laden nahe Spittelmarkt)	Stoff-Reste-Haus A. M. Seelhardt 18 Rathenauer Damm 18 Schöne Reste für Herren-Anzüge Mäntel Kostüme Kleider in Stoff, Samt und Seide, sowie Futterstoffe. Ständig sehr große Auswahl. Streng reell. 1a Qualitäten.	Metall-Bettstellen Fürst, Neukölln, Hermannstr. 88 Kinderwagen Bettfedern Korbmöbel Fabr. L. Hubert, Kollagenstr. u. Feldbühlstr. Fabrikpreise. Lieferung in Neukölln und angrenzende Gegenden frei Haus.	Getragene Herren- u. Damen Garderobe sowie ganze Nachlässe kauft u. verkauft Koch, Neukölln Bergstr. 25, Laden.	Metall-Osten Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.
--	--	---	--	--	--	--	--	---



Münzstr. 24
Erste Etage

BERLOWITZ

Münzstr. 24
Erste Etage

Günstigste Bezugsquelle für Schuhwaren.